

10 Jahre Eigenständige Jugendpolitik

AUS DER NISCHE INS RAMPENLICHT?

FACHTAG AM 30. OKTOBER 2019
VERANSTALTET VON
jugendgerecht.de - Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik

Inhalt

10 Jahre Eigenständige Jugendpolitik: Aus der Nische ins Rampenlicht? Rückblick zum Fachtag am 30. Oktober 2019	3
Entwicklungsschritte und Meilensteine: Notizen aus der Einführung von Prof. Dr. Karin Böllert, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ	4
Notizen zum Grußwort von Bettina Bundszus, Abteilungsleiterin Kinder und Jugend – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	6
Podiumsdiskussion „Aus der Nische ins Rampenlicht? Erreichtes, Gegenwart und Zukunft Eigenständiger Jugendpolitik“	7
Dialogrunden „Neue Impulse – Neue Chancen für die Eigenständige Jugendpolitik“	9
Neue Sprachlosigkeit?	
Das Verhältnis von Jugend und Politik	9
Zufrieden?	
Stellenwert und Umsetzungsstand von Jugendbeteiligung	11
Nachhaltig Jugendgerecht!	
Generationengerechtigkeit und Jugendpolitik	13
Raum für Jugend!	
Freiräume und Selbstpositionierung	15
Jugendpolitik 2.0!	
Wir müssen über Digitalisierung reden	17
Resümee	19

10 Jahre Eigenständige Jugendpolitik: Aus der Nische ins Rampenlicht?

**Rückblick zum Fachtag
am 30. Oktober 2019**

Jugendpolitik im Fokus

Was wäre die Eigenständige Jugendpolitik, wenn Sie ein Tier wäre? Eine Schildkröte? Ein Wal? Oder doch ein Chamäleon? Eines haben diese Tiere gemeinsam, sie sind robust und auf ihre Weise sehr anpassungsfähig. Galapagos Riesenschildkröten und Grönlandwale gehören zu den Tieren, die bis zu 200 Jahre alt werden können. Hingegen sind Chamäleons kurzlebig und fast alle Arten sind zurzeit gefährdet. Wird uns die Eigenständige Jugendpolitik also noch Jahrhunderte überdauern? Wird sie es bald aus der Nische ins Rampenlicht schaffen? Oder ist sie gefährdet und möglicherweise bald ganz von der Bildfläche verschwunden, wenn wir sie nicht schützen?

Ende Oktober fand im Tagungshotel Rossi in Berlin ein Fachtag zum 10-jährigen Jubiläum der Eigenständigen Jugendpolitik statt. Denn 2009 wurde die Eigenständige Jugendpolitik das erste Mal im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien erwähnt und 2009 hat

das Bundesjugendkuratorium eine neue, auf die Jugendphase ausgerichtete Politik gefordert und beschrieben. Zehn Jahre danach wurde im Rahmen der Tagung neben einer Rückschau auch ein Ausblick auf Themen, Strukturen und Leerstellen vorgenommen.

Bilanz und Perspektiven

85 Interessierte aus Jugendhilfe, Wissenschaft, Verwaltung und Politik von der Kommune bis Europa kamen am 30. Oktober zusammen und diskutierten sowohl über Erreichtes als auch über Status Quo und Zukunft der Eigenständigen Jugendpolitik.

Nach einem ausführlichen Rückblick aus Sicht der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ und aus Perspektive des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wurden der Umsetzungsstand und aktuelle Herausforderungen in einer Podiumsdiskussion reflektiert. Im Anschluss wurden in fünf Dialogrunden mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Veranstaltung Akteurinnen und Akteure sowie Themen der Eigenständigen Jugendpolitik in den Blick genommen und über Handlungsbedarfe gesprochen.

Der Fachtag wollte Antworten auf folgende Fragen finden:

- Was ist passiert in 10 Jahren Eigenständiger Jugendpolitik, was wurde erreicht und was hat sich verändert?
- Welche Leerstellen und Herausforderungen bestehen?
- Welche Visionen gibt es für eine wirklich erfolgreiche Jugendpolitik?

Entwicklungsschritte und Meilensteine

Notizen aus der Einführung von Prof. Dr. Karin Böllert, Vorsitzende der Arbeits- gemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

Die AGJ-Vorsitzende nannte in ihrer Einführung wesentliche Meilensteine der Eigenständigen Jugendpolitik, Wegbereiter für den konkreten Anfangspunkt 2009 sowie die wichtigsten anschließenden Entwicklungen bis zum heutigen Stand. Einzelheiten können dem [online verfügbaren Zeitstrahl](#) entnommen werden.

Vorläufer der Eigenständigen Jugendpolitik

Besonders hervorgehoben wurde der europäische Ursprung der Eigenständigen Jugendpolitik mit dem 2005 ratifizierten [Europäischen Pakt für die Jugend](#). Deutsche Politik war zu diesem Zeitpunkt eher kinder- und familienorientiert. 2007 fand eine Konferenz der AGJ zum „Verschwinden der Jugendpolitik“ statt. Vor dem Hintergrund demografischer Entwicklungen wurde ein Diskurs über den politischen Stellenwert von Jugend und der Notwendigkeit einer Jugendpolitik als Querschnittspolitik geführt. Im Anschluss wurden mit der nationalen Konferenz „Übergänge gestalten“ (AGJ, 2008) jugendpolitische Konzepte und Förderprogramme thematisiert, unter anderem mit dem Ziel einer verbesserten beruflichen und sozialen Integration benachteiligter junger Menschen.

Anfangspunkt der Eigenständigen Jugendpolitik

Zwei zentrale Dokumente aus dem Jahr 2009 bilden den Kristallisationspunkt der jugendpolitischen Debatten, die Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums: [„Zur Neupositionierung der Jugendpolitik“](#) (2009) und der [Koalitionsvertrag der 17. Legislaturperiode](#) (CDU/CSU/FDP, 2009). Im Koalitionsvertrag wurde der Begriff „Eigenständige Jugendpolitik“ zum ersten Mal verwendet.



Entwicklungen der Eigenständigen Jugendpolitik bis heute

Mit dem Positionspapier [„Eigenständige Jugendpolitik – Erste Einschätzung der AGJ“](#) (2011) plädierte die AGJ für eine Anerkennung der Lebensphase Jugend und benannte die zu dieser Zeit vordringlichste Themenfelder: Jugendarmut, Übergänge, Anerkennung nonformalen/informellen Lernens, Interkulturalität, Integration/Inklusion, Zeitautonomie, Jugendpolitik für alle Jugendlichen.

Mit Unterstützung des Bundesjugendministeriums wurde das [Zentrum Eigenständige Jugendpolitik](#) ins Leben gerufen. Es organisierte 2011–2014 den Entwicklungsprozess zur Definition einer Eigenständigen Jugendpolitik. Daraus gingen [Grundsätze, Ziele und Leitlinien Eigenständiger Jugendpolitik](#) hervor. Ein wesentlicher Punkt des Grundverständnisses ist, dass Eigenständige Jugendpolitik eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein muss:

„Junge Menschen zwischen 12 und 27 haben eigene Bedürfnisse, Interessen und besondere Herausforderungen. Deshalb braucht es eine Politik, die gute Bedingungen für alle Jugendlichen schafft und eine Gesellschaft, die ihnen gerecht wird.“

Mit dem Zentrum wurden Fürsprecher aus verschiedenen Fachbereichen gewonnen: Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft und Jugend. Das BMFSFJ galt als Interessenvertreterin für die Jugend. Die sogenannte Allianz für Jugend wurde zwar nicht weitergeführt, die Handlungsfelder Eigenständiger Jugendpolitik aber blieben:

- Chancengerechtigkeit & Teilhabe
- Wertschätzung und Wahrnehmung
- Interessenvertretung, Beteiligung und Mitgestaltung
- Freiräume und freie Zeiten

Seit 2009 findet sich Eigenständige Jugendpolitik in Bund, Ländern und Kommunen wieder. Auf kommunaler Ebene werden unterschiedlichste Formate umgesetzt, z. B. Bündnisse, Leitbilder, Projekte, Gremien und Beteiligungsformate. Auf Länderebene gibt es verschiedene Jugendstrategien, Projekte, Landtagsbeschlüsse und Arbeitsgruppen. Auf Bundesebene ist Eigenständige Jugendpolitik zum dritten Mal im Koalitionsvertrag verankert und wird mit dem [Jugend-Check](#), der [Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik](#) und der [gemeinsamen Jugendstrategie der Bundesregierung](#) umgesetzt.

Eigenständige Jugendpolitik konkret: Projekte und Themen

In 16 Referenzkommunen aus ganz Deutschland wurde die Eigenständige Jugendpolitik von 2015 bis 2018 kommunal erprobt. In der Publikation „16 Wege zu mehr Jugendgerechtigkeit – Gelingensbedingungen für Jugendgerechte Kommunen“ sind die Erkenntnisse und Erfahrungen zusammengefasst. Dabei ist Jugend selbst wichtiger Akteur in der Umsetzung Eigenständiger Jugendpolitik. Für alle, die Interesse daran haben, ihre Kommune ebenfalls jugendgerechter zu gestalten, stellt die [Werkzeugbox „Jugend gerecht werden“](#) hilfreiche Tools zur Verfügung.

Der [Jugend-Check](#) und das dazu gehörige Kompetenzzentrum ist die konkrete Umsetzung einer zentralen Forderung Eigenständiger Jugendpolitik. Er prüft seit 2017 Gesetzesvorhaben der Bundesregierung auf Auswirkungen auf junge Menschen und arbeitet mittlerweile in der zweiten Förderphase. Der Jugend-Check wirkt dabei als Prüf- und Sensibilisierungsinstrument, um die politische Aufmerksamkeit für die Lebenslagen und Belange junger Menschen zu steigern. Durch ihn werden ähnliche Vorhaben auf Landes- und Kommunalebene angeregt. Zur Überprüfung der Jugendgerechtigkeit des Werkzeugs organisiert das Kompetenzzentrum regelmäßig Jugend-Audits.

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ startete im Januar 2019 das Projekt [jugendgerecht.de](#) – Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik. Mit dem Projekt soll das Thema Eigenständige Jugendpolitik stärker in die Strukturen der öffentlichen und freien Jugendhilfe eingebracht und als jugendpolitischer Schwerpunkt hervorgehoben werden. Die AGJ will mit dem Projekt Vernetzung fördern und Informationen bereitstellen, sodass Jugendpolitik als Aufgabe der Jugendhilfe auf allen Ebenen transparent wird.

Ausblick

Die gemeinsame Jugendstrategie der Bundesregierung wurde durch eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Beteiligung aller Ressorts erstellt. Zivilgesellschaftlich wird die Jugendstrategie durch einen Beirat begleitet, in dem Fachorganisationen, Länder und Wissenschaft mitwirken. Der [Kabinettsbeschluss zur Jugendstrategie](#) wurde im Dezember 2019 gefasst. Der ressortübergreifende Ansatz lässt die jugendpolitischen Forderungen der letzten zehn Jahre Wirklichkeit werden. Nun kommt es auf die Umsetzung und den Willen zur Veränderung aller Akteurinnen und Akteure an.



Notizen zum Grußwort von Bettina Bundszus, Abteilungsleiterin Kinder und Jugend – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Bettina Bundszus verdeutlichte die Bedeutung des Ansatzes einer Eigenständigen Jugendpolitik und beschrieb die Aktivitäten des BMFSFJ, welches im Rahmen seiner Jugendstrategie (2015–2018) viele jugendpolitische Maßnahmen umgesetzt hat. Eigenständige Jugendpolitik sei kein sperriger Begriff mehr. Wurde der Eigenständigen Jugendpolitik einst ihr Verschwinden attestiert, sei sie heute präsenter denn je. Sie werde nicht mehr zu Kinder- und Familienpolitik in Konkurrenz gesetzt, sondern sei als Begriff fester Bestandteil der letzten drei Koalitionsverträge und somit in der Politik sichtbar. Das BMFSFJ hat immer wieder betont, dass es Jugendpolitik für, mit und von Jugend machen möchte. Diese drei Komponenten würden stets neu durchdekliniert, so Frau Bundszus.

Im 15. Kinder- und Jugendbericht wird die Lebensphase Jugend beschrieben. Der Bericht beschreibt Jugendliche und junge Erwachsene als optimistische und zuversichtliche Menschen. Dieser Optimismus werde allerdings von Startchancen beeinflusst. Über Jugendarmut und mehr Teilhabe müsse deshalb weiter diskutiert werden, stellte Bettina Bundszus fest. Das Bundesjugendministerium hat im Rahmen seiner Jugendstrategie einige

jugendpolitische Vorhaben umgesetzt, beispielsweise mit der Jugendbrille aus der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ im Rahmen der Demografiestrategie, mit den Jugendgerechten Kommunen, dem Jugend-Check und einem eigenen Referat im BMFSFJ, das vielfältig mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeite, kommentierte Frau Bundszus. Der Etat für Jugend lag 2013 noch bei 148 Mio. Euro, heute liegt er bei 205 Mio. Euro. Seinen intensiven Einsatz für jugendpolitische Ziele und Jugendbeteiligung zeige das BMFSFJ unter anderem mit der neuen Jugendstrategie, den Jugendpolitiktagen und Jugendaudits sowie -konferenzen.



„Mit ihrer gemeinsamen Jugendstrategie zeigt die Bundesregierung, dass sie die Interessen und Bedürfnisse der jungen Generation berücksichtigt. Die Jugendstrategie umfasst 163 Maßnahmen in neun Handlungsfeldern. Alle Ressorts sind dabei beteiligt.“

*Bundesjugendministerium
am 3.12.2019*



Podiumsdiskussion „Aus der Nische ins Rampenlicht? – Erreichtes, Gegenwart und Zukunft Eigenständiger Jugendpolitik“

Das Gespräch nahm die Entwicklungen der letzten zehn Jahre in den Blick – was ist gelungen, wo sind Leerstellen, wo Herausforderungen. Zudem wurde danach gefragt, welche Erwartungen an Jugendpolitik sich für die kommenden Jahre ergeben. In der Diskussion wurde eine breite, wirkungsvolle Jugendbeteiligung als Kernstück Eigenständiger Jugendpolitik benannt. Außerdem wurde der Reformprozess des Jugendhilfegesetzes (Sozialgesetzbuch VIII) als wichtiger Ort jugendpolitischer Entscheidungen in die Debatte eingebracht. Die aktuelle Jugendbewegung „Fridays for Future“ erhielt große Wertschätzung für ihr Engagement.

Besonders von Interesse war, wie diese aktuellen Entwicklungen auch eine Eigenständigen Jugendpolitik weiterbringen können.

Jugendengagement und Eigenständigen Jugendpolitik

Während wir nach zehn Jahren über die Eigenständige Jugendpolitik sprechen und Bilanz ziehen, engagieren sich junge Menschen im sogenannten Klimastreik, gehen für ihre Interessen gemeinsam auf die Straße. Die Podiumsgäste waren sich einig, „Fridays for Future“ zeige wie Engagement junger Menschen völlig selbstorganisiert funktionieren kann, gänzlich ohne etablierte jugendpolitische Akteure. Die Jugendbewegung könne der Eigenständigen Jugendpolitik Rückenwind geben, sie verändere die Perspektiven auf junge Menschen in der Öffentlichkeit. Politik sei zu einem Perspektivwechsel gezwungen. Nicht von der Hand zu weisen sei, dass die Jugendhilfe bzw. Jugendarbeit das Kompetenzniveau Jugendlicher bezüglich Selbstorganisation und politischem Engagement heben kann. Insofern habe möglicherweise die Qualifizierung Jugendlicher durch

Gäste der Podiumsdiskussion:

- Prof. Dr. Karin Böllert, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ
- Bettina Bundszus, Abteilungsleiterin Kinder und Jugend im Bundesjugendministerium
- Lisi Maier, Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings
- Jürgen Schattmann, Leiter der Gruppe Jugend im Familienministerium Nordrhein-Westfalen

nonformale Angebote der Jugendarbeit einen gewissen Beitrag zum Erfolg von „Fridays for Future“ geleistet.

Gemeinsames Wirken und Verankerung des Jugend-Checks

Eigenständige Jugendpolitik sei nicht im Rampenlicht angekommen, sondern friste noch ein Schattendasein. Sie sei zwar wirkungsvoll, aber noch nicht mehrheitsfähig. Sie erhalte noch keine breite Unterstützung, so die AGJ-Vorsitzende. Um eine breitere Unterstützung zu erlangen, sollten die Akteure der Eigenständigen Jugendpolitik mutiger sein, so Bettina Bundszus. Lisi Maier merkte an, dass man im Hinblick auf die Umsetzung des Jugend-Checks größere Schritte gehen müsse. Entscheidungen zu Mindestlohn U18 und zu Sanktionen U25 wären bei einem verbindlichen Jugend-Check vielleicht anders ausgefallen. Der Jugend-Check sollte gesetzlich verankert werden. Über den Jugend-Check hinaus sei es weiterhin unbedingt erforderlich, eine größere Beteiligung verschiedenster Ressorts herbeizuführen. Eine gemeinsame Verantwortungsübernahme wäre z. B. durch einen Jugendkoordinator im Bundeskanzleramt möglich, so der Vorschlag der DBJR-Vorsitzenden.

Jugendbeteiligung auf allen Ebenen ermöglichen

Die Teilnehmenden der Diskussion waren sich einig, dass das Wahlalter auf 16 gesenkt werden sollte, um Jugendlichen eine politische Stimme zu geben. Außerdem sollten Wege der Jugendbeteiligung verkürzt werden, so dass für junge Menschen tatsächlich auch spürbar wird, dass sie sich an konkreten Prozessen beteiligt haben. Die Verwaltung und Bürokratie sei an vielen Stellen noch zu schwerfällig, so Jürgen Schattmann. Jugendpolitik soll ressortübergreifend prägend sein, bei Bürgerbeteiligungsprozessen sei es nötig Jugendliche in Regionen einzubeziehen (z. B. zum Thema Energiewende). Auch bei europäischen Beteiligungsprozessen müsse zeitnah zurückgemeldet werden, was mit den Ergebnissen geschieht. Dies sei unabdingbar, um die Motivation der jungen Menschen zu erhalten. Politik müsse auf allen Ebenen spürbar sein – jede der Ebenen, jedes der Ressorts bearbeite jugendrelevante Themen. Besonders gut erreichen könne man junge Menschen auf der kommunalen Ebene, so Prof. Dr. Böllert. Sie sei den Jugendlichen am nächsten. Jugendliche würden dort innovative und kreative Ideen umsetzen, die an ihr Umfeld angepasst sind. Jugendpolitik sei auf kommunaler Ebene nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch erfahrbar. Die Jugendlichen hätten so die Gewissheit, vor Ort etwas bewirken zu können. Auf dem Podium gab es ein Plädoyer zur Verantwortungsübernahme durch Erwachsene, die Jugendbeteiligung zu ermöglichen hätten, zudem sollten junge Menschen für Ihre Interessen eintreten, um unmittelbare Botschaften einzubringen.

Lisi Maier fügte hinzu, der DBJR hätte sich bereits 2011 in die Diskussion eingebracht und in einem Positionspapier unter anderem gefordert, dass das Bild von Jugend aufgewertet werden sollte. Außerdem sollte eine ressortübergreifende Jugendstrategie umgesetzt werden, dessen Vorhaben und Handlungsfelder von Jugendthemen und -strukturen bestimmt werden.



Die Teilnehmenden der Diskussion betonten, dass grundsätzlich noch nicht alle Jugendlichen erreicht würden – junge Menschen mit Behinderungen, Benachteiligungen oder Migrationserfahrungen seien noch zu wenig in Jugendbeteiligungsprozesse eingebunden.

Gesetzlicher Rahmen für eine erfolgreiche Jugendpolitik

Die Jugendhilfe sollte gegenüber anderen Politikbereichen gestärkt werden, z. B. sollte Ganztagsbetreuung ganzheitlich gedacht werden, die Persönlichkeitsentwicklung stehe im Vordergrund. Diesen Aspekt sollte man in den Schulgesetzen finden und auch eine stärkere personelle Präsenz der Jugendhilfe in der Schule vorfinden, so die Idee von Bettina Bundzus. Eigenständige Jugendpolitik sollte hier konkreter werden und nicht auf strategischer Ebene bleiben, sie sollte ihren Weg in den kommunalen Jugendhilfeausschuss und in das SGB VIII finden. In den Diskussionen im Reformprozess des Jugendhilfegesetzes käme Eigenständige Jugendpolitik thematisch noch nicht ausreichend vor, kommentierte Karin Böllert.

Anmerkungen aus dem Publikum

Ein Teilnehmer aus dem Publikum betonte, Eigenständige Jugendpolitik sei nicht mit Jugendbeteiligung gleichzusetzen, was in verschiedenen Settings, beispielsweise auf Landesebene oft geschehe. Außerdem sei es oft schwierig potenzielle neue Akteure von einer gesamtgesellschaftlichen Jugendpolitik zu überzeugen, wenn es an der personellen Ausstattung mangelt. Aus dem Publikum wurde des Weiteren angemerkt, dass Digitalisierung stärker zum Thema gemacht werden sollte. Dabei ginge es nicht nur um Medienkompetenz, sondern auch um Jugendschutz und gleichberechtigte Teilhabe. Außerdem wurde kritisiert, dass die europäische Ebene nicht ausreichend thematisiert werde. Es müsse vermehrt über die Zukunft Europas, jugendpolitische Folgen und Möglichkeiten der Jugendbeteiligung auf europäischer Ebene diskutiert werden (hier seien beispielhaft die Youth Goals genannt).

Dialogrunden „Neue Impulse – Neue Chancen für die Eigenständige Jugendpolitik“

In den Dialogrunden stellten sich verschiedene Akteure vor und brachten ihre Themen in Zusammenhang mit der fortlaufenden jugendpolitischen Debatte. Die Ergebnisse der Dialogrunden fließen in die Weiterentwicklung Eigenständiger Jugendpolitik ein. Deshalb wurden neue Aspekte und Diskussionsthemen insbesondere im Hinblick auf ihre jugendpolitische Bedeutung betrachtet.

Neue Sprachlosigkeit? Das Verhältnis von Jugend und Politik

Impuls: Fridays for Future Bielefeld

„Um den alterstypischen Herausforderungen gerecht werden zu können, brauchen Jugendliche die Zuversicht, dass die Zukunft bewältigt werden kann. Darunter ist die Aussicht auf eine Ausbildungsstelle und einen Arbeitsplatz zu verstehen, aber auch die Sicherheit, in eine lebenswerte Gesellschaft und Zukunft hinein zu wachsen.“

Grundsätze Eigenständiger Jugendpolitik



Kurzimpuls

Ein wichtiger Mobilisierungsmoment für Fridays for Future (FFF) war die Berichterstattung zur Klimakonferenz in Kattowicz sowie der Kohlekompromiss. Aktive von FFF Bielefeld wurden recht früh zu Veranstaltungen der Ortsgruppen der Parteien eingeladen und hatten Kontakte an Wahlkampfständen. FFF war an der Erarbeitung von Klimanotstandsbeschlüssen für Bielefeld und Halle/Westfalen beteiligt, die in die lokalen Parlamente eingebracht wurden. Sprachlosigkeit seitens der Politik wurde unterschiedlich erlebt – einige Parteien waren offen und interessiert, andere Parteien waren sehr zurückhaltend – was nachvollziehbar war, da ja insbesondere die Klimapolitik von der Opposition kritisiert wurde. Aber auch bei den Parteien, die sich grundsätzlich zum Klimaschutz bekannten, wurde dieses Bekenntnis oft mit einem „Ja, aber...“ kommentiert. Vielen Parteien fehlt aus Sicht von Fynn Horstmannshoff der Mut, Bürgerinnen und Bürger sowie Wirtschaft mit möglicherweise unbequemen Lösungen zu belasten.

In welchem Verhältnis stehen Klimakrise und Jugendpolitik?

In der Diskussion wurde festgestellt, dass – wie zuletzt die Shell-Studie belegt hat – FFF nicht „die Jugend“ sind oder repräsentieren, aber Klimathemen derzeit viele Jugendliche beschäftigen. Im Verhältnis zu bereits bestehenden Jugendgruppen und -verbänden zeigt sich, dass viele der Aktiven bei FFF schon in Verbänden und Jugendgruppen engagiert waren und dort einen Teil ihrer Fähigkeiten und ihres Engagements entwickelt haben. Bestehende Jugendstrukturen haben somit scheinbar wertvolle Grundlagen für das FFF-Engagement geschaffen. Zudem wurde betont, dass es für eine konstruktive Klimadebatte hilfreich wäre, wenn weniger über das „Phänomen“ FFF gesprochen würde und mehr über die Klimakrise. In Bezug zu anderen Umweltbewegungen wurde klar, dass man ähnliche Forderungen im Raum stehen und die Bewegungen nicht in Konkurrenz zueinanderstehen.

Menschen in der Politik an?

Die bisherige demokratische Kultur ist stark auf Dialog und Ausgleich bedacht (was Zeit für Gespräche braucht), FFF jedoch macht mit Blick auf die Wissenschaft den hohen Handlungsdruck sichtbar, der demokratische Prozesse erschwert. Zudem fällt es Parteien in Regierungsverantwortung immer schwerer, sich klar als Oppositionsparteien zu bestimmten Forderungen zu bekennen. Nicht zuletzt kommen Kommunikationsstrategien

zur Bearbeitung bestimmter Probleme oft als Delegitimierungsstrategien daher, welche zeigen, dass ein Anliegen nicht ernst genommen wird. Zudem wird aktuell viel professionelles Framing und Agendasetting betrieben – auch durch FFF, so die Teilnehmenden des Dialogforums.

Was sind Erwartungen an Politik?

In die Debatte des Dialogforums wurde eingebracht, dass Eigenständige Jugendpolitik sowohl Prozess- als auch Ergebnisqualität von Politik in den Blick nimmt und die Prozessqualität nicht selten auf der Strecke bleibt. Auch das bereits angesprochene Framing und Agendasetting beeinflusst die Prozessqualität. Beteiligungsprozesse, die angeboten werden, scheitern oftmals an der weiteren Bearbeitung durch die Politik, welche bisher selten befriedigende Prozesse organisiert und Beteiligungsergebnisse nicht aufgreift. Auch Beteiligung im Sinne von Machtteilung und -abgabe findet nur selten statt. Dabei heißt Ernstnehmen nicht simples Übernehmen von Beteiligungsergebnissen und Forderungen, sondern vielmehr ein Aufnehmen dieser Ergebnisse in einen fruchtbaren Dialog. Bezugnehmend auf die Klimapolitik wäre es jedoch aus Sicht von FFF schon hinreichend, wenn die Regierungspolitik die eigenen Beschlüsse ernstnehmen und umsetzen würde – das Nicht-Erfüllen der eigenen Klimapläne sorgt für immer größer werdende gesellschaftliche Kritik.

Thesen aus der Diskussion

- Die Klimabewegung repräsentiert nicht „die Jugend“, aber die Klimakrise ist ein wichtiges Thema junger Menschen.
- Bestehende Jugendstrukturen schaffen wertvolle Grundlagen für das weiteres Engagement.
- Demokratische Prozesse sind oft langwierig – bei hohem Handlungsdruck werden Prozesse als unbefriedigend erlebt.
- Jugendbeteiligungsprozesse sind häufig nicht nachhaltig organisiert und Ergebnisse werden nicht in den Dialog aufgenommen.
- Kommunikationsstrategien der Politik suggerieren jungen Menschen, nicht ernstgenommen zu werden.

Zufrieden? Stellenwert und Umsetzungsstand von Jugendbeteiligung

Impuls: Jugend Macht Zukunft, Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt

Kurzimpuls

Martin Gneist stellte das Beteiligungsprojekt Jugend Macht Zukunft in seinen verschiedenen Projektphasen seit 2012 vor, u. a. die Jugendbeteiligung an der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes. Es fand eine landesweite Workshopreihe statt, um das Vorhaben zu reflektieren und jugendliche Forderungen zu nachhaltiger Entwicklung zu sammeln. Eigenständige Jugendpolitik sei ein Teil dieser Strategie, so Gneist. Zwei Handlungsfelder sind besonders wichtig: jugendgerechter ÖPNV und WLAN-Hotspots/Digitalisierung. Zu beiden Themen werden Jugendbeteiligungsprozesse von und mit Jugendlichen durchgeführt, es besteht Kontakt zur kommunalen Politik und Verwaltung, zu jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprechern auf Landesebene und zum Landesjugendhilfeausschuss. In Sachsen-Anhalt hat eine Qualifizierungsreihe stattgefunden. Das Ergebnis war ein 10-Punkte-Plan, der einen ressortübergreifenden Charakter hatte. Ein Erfolg ist, dass in Magdeburg nun kostenloser ÖPNV angeboten wird. Problematisch ist, dass die Förderung der Projekte zeitlich begrenzt ist, womit die Projektverantwortlichen nur eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten haben. Es wurde verdeutlicht, dass es einerseits wichtig ist junge Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache – also in ihrer Lebenswelt ernst zu nehmen – und andererseits auch die Verwaltung mit ihrer beruflichen Perspektive anzuerkennen. Das Projekt fungiert als Schnittstelle zwischen diesen beiden Seiten und vermittelt im Interesse junger Menschen zu konkreten Themen und Problemen.

„Mit einer Eigenständigen Jugendpolitik wird die Jugend ernstzunehmender Partner für eine gesellschaftliche Zukunftspolitik. Jugendliche haben das Recht, für ihre Interessen einzutreten und sie sind Expertinnen und Experten in eigener Sache. Sie haben wesentliche Inhalte zu gesellschaftspolitischen Themen und Entwicklungen beizusteuern; ihre Perspektiven können keinesfalls durch Ansichten Erwachsener ersetzt werden. Junge Menschen wollen mitentscheiden, wenn ihre Umgebung gestaltet und ihre Zukunft beeinflusst wird. Kernanforderung an alle Akteure, die sich mit jugendrelevanten Themen beschäftigen, muss somit der wirkungsvolle Einbezug der Sichtweisen, Interessen und Anliegen von Jugendlichen sein. Dafür braucht es geeignete Verfahren und jugendgerechte Strukturen wie Selbstorganisationen und Zusammenschlüsse junger Menschen. Mit einer nachhaltigen Jugendbeteiligung kann eine Eigenständige Jugendpolitik selbst zu einem belebenden Element unserer Demokratie werden.“

Grundsätze Eigenständiger Jugendpolitik



Wie geht's der Jugendbeteiligung (in Deutschland)?

Jugendbeteiligung ist viel im Gespräch, wird oftmals mit gutem Willen umgesetzt. Häufig sind allerdings Formate gewählt, die zu einseitig sind und keinen ernsthaften Dialog zwischen Jugend und Politik erlauben, wenn beispielsweise zu Gesprächen mit Bürgermeistern eingeladen wird, die folgenlos bleiben. Oft sind keine direkten Auswirkungen spürbar, weil politische Vorgänge einen hohen Verwaltungsaufwand nach sich ziehen oder Entscheidungsmöglichkeiten nicht klar definiert werden. Manchmal versuchen Erwachsene, Jugendliche mit digitalen Tools zu Beteiligungsangeboten einzuladen. Diese Tools werden aber nicht immer so angenommen wie gewünscht. In diesem Zusammenhang wurde im Dialogforum empfohlen, soziale Interaktionen im Digitalen als Anreize zu schaffen.

Kritisiert wurde außerdem, dass häufig nur bis zum Ende der Legislaturperiode gedacht wird und nicht darüber hinaus. Somit bleibt eine ernsthafte Zukunftsorientierung aus. Es gibt die Wahrnehmung, dass Machthierarchien von der Politik aufrechterhalten werden. Verantwortliche sollten jungen Menschen mehr zutrauen und Verantwortung abgeben. Das könnte durch konkrete Strukturen geschehen, die geschaffen werden – mit niedrigschwiligen Zugängen. Neben verlässlichen Strukturen sollte es ausreichend personelle und finanzielle Mittel geben, um gute Jugendbeteiligung zu ermöglichen. Es sollte immer wieder durchdekliniert werden: was heißt es, Politik für, mit und von Jugend zu machen?

Jugendlichen ist oft nicht klar, welche rechtlichen Grundlagen es für Beteiligung gibt. Sie fühlen sich oft allein gelassen und nicht ernst genommen. Die gewählte Umgangssprache ist häufig zu sachlich und auf politische Fachsprache angepasst. Jugendliche reagieren zurecht frustriert, wenn der Dialog mit Politik nicht zielführend verläuft und keine nachhaltigen Ergebnisse erzielt werden.

Welche Verbesserungsmöglichkeiten gibt es?

Beteiligung sollte stets ernst gemeint und die Rahmenbedingungen klar und transparent definiert werden. Die Voraussetzungen sollten so sein, dass möglichst alle Jugendlichen teilnehmen können. Entsprechend sollten Zugangsbarrieren abgebaut werden. Es sollten konkrete Angebote und Strukturen aufgezeigt werden. Um junge Menschen zu unterstützen,

braucht es eine stärkere Politische Bildung. Ein reines „Zuhören“ seitens Politik ohne ernsthafte Auseinandersetzung ist für junge Menschen wenig befriedigend. Es braucht Konstruktivität, ernst gemeinte Kritik und eine zeitnahe Rückmeldung an Jugendliche. Um wirkungsvolle Jugendbeteiligung umzusetzen, müssten Erfahrungen gemacht werden, die aufbauen auf konkreten Qualitätsstandards. Unerlässlich ist eine gemeinsame Reflexion darüber, was es von welchen der beteiligten Akteure braucht, um diese Qualitätsstandards vor Ort jeweils in konkrete Praxis umzusetzen.

Politisch Verantwortliche müssten sich entfernen vom sogenannten „Adultismus“. Politik sollte echte Macht an Jugendliche abgeben wollen. Es braucht einen Dialog auf Augenhöhe, der auf Respekt und Wertschätzung basiert. Jugendbeteiligung ist somit auch Handlungsfrage.

Wer ist für Verbesserungen verantwortlich?

Die Teilnehmenden des Dialogforums sehen die Verantwortung vor allem bei Erwachsenen: bei der Verwaltung, Politik, Schule und außerschulischen Institutionen, bei Familien und nicht zuletzt bei den Begleitpersonen der Beteiligungsprozesse. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, braucht es Support auf bzw. von verschiedenen Ebenen: in Form verlässlicher und angemessener finanzieller sowie zeitlicher Rahmenbedingungen; in Form fachlicher, methodischer und selbstreflexiver Kompetenzen sowie in Form von Ressourcen für kollegialen Austausch und Vernetzung. Darüber hinaus sollte sich die gesamte Gesellschaft in einem respektvollen und wertschätzenden Umgang kultivieren und sich öffnen für Beteiligungsprozesse junger Menschen.

Thesen aus der Diskussion

- Jugendbeteiligung wird noch zu oft ohne ernsthafte Absichten umgesetzt. Sie bleibt häufig folgenlos.
- Es braucht im Miteinander ernsthafte und konstruktive Kritik und zeitnahe Rückmeldungen an Jugendliche.
- Gelingende Jugendbeteiligung braucht Klarheit über „echte“ Gestaltungsspielräume für junge Menschen.
- Jugendbeteiligung ist eine Handlungsfrage: Es braucht die Bereitschaft zum Dialog auf Augenhöhe, der auf Respekt und Wertschätzung basiert.

Nachhaltig Jugendgerecht! Generationengerechtigkeit und Jugendpolitik

**Impuls: Landesseniorenbeirat und Landesjugendring
Mecklenburg-Vorpommern**

„Die jugendpolitische Verantwortung aller Bereiche der Gesellschaft soll sichtbar werden. In einem breiten Bündnis sollen alle relevanten Gruppen und Akteure (Jugendliche, Schule, Jugendhilfe, Politik, Zivilgesellschaft, Religionsgemeinschaften, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft) als Unterstützer einer Eigenständigen Jugendpolitik mitwirken und gemeinsam Strukturen im Interesse junger Menschen umgestalten“

Grundsätze Eigenständiger Jugendpolitik



Kurzimpuls

Die Arbeit des Seniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern steht exemplarisch für eine Politik, an der nicht nur bestimmte Menschen und ihre Vertretungen, sondern auch andere gesellschaftliche Gruppen mitwirken. Der Landesseniorenbeirat vertritt die Interessen und Belange der älteren Generation in Mecklenburg-Vorpommern. Er befasst sich mit mittel- und langfristigen Vorhaben der Seniorenpolitik. Der Landesseniorenbeirat macht den Landtag und seine Ausschüsse, die Landesregierung, die Bürgerbeauftragten, die kommunalen Spitzenverbände sowie die Öffentlichkeit auf die Probleme älterer Menschen aufmerksam und arbeitet an deren Lösung mit. Über die Interessenvertretung hinaus sollen die Beziehungen zwischen den Generationen verbessert und die Solidargemeinschaft weiterentwickelt werden.

Wie können Jugendpolitik und Seniorenpolitik zusammenwirken?

Junge Menschen und Seniorinnen und Senioren sind von ähnlichen politischen Themen betroffen. Beispiele hierfür sind Mobilität und Wohnen. Der Demografiediskurs muss immer aus Perspektive der Älteren und der Jüngeren gedacht werden. Die Folgen des demografischen Wandels betreffen alle Altersgruppen. Insofern wäre es sinnvoll, intergenerationale Formate anzubieten und den gegenseitigen Austausch anzuregen. Jugendpolitik sollte wie

Seniorenpolitik enger an politische Gremien angebunden sein. Es braucht politische Rahmenbedingungen, die dies zulassen (z. B. in Kommunalverfassungen). Mitsprache sollte zugelassen werden, ähnlich dem Seniorenmitwirkungsgesetz sollte es ein Jugendmitwirkungsgesetz geben. Aus Sicht des Seniorenbeirats sind wichtige Anforderungen für generationenspezifische Lobbyarbeit: Überparteilichkeit und Unabhängigkeit, Vorurteile beim Gegenüber abzubauen und Finanzierbarkeit nicht als Ausrede hinzunehmen. Politische Vorhaben sollten transparent sein und Jugend immer mitgedacht werden (dem Grundgedanken des Jugend-Checks entsprechend).



Thesen aus der Diskussion

- Die Folgen des demografischen Wandels betreffen alle Altersgruppen. Insofern wäre es sinnvoll, intergenerationale Formate anzubieten und den gegenseitigen Austausch anzuregen.
- Jugendliche Mitsprache sollte rechtlich vorgesehen werden, politische Vorhaben sollten transparent sein und Jugend immer mitgedacht werden.
- Wichtige Anforderungen für generationenspezifische Lobbyarbeit sind: Überparteilichkeit und Unabhängigkeit, Vorurteile beim Gegenüber abzubauen und (Nicht)Finanzierbarkeit nicht als Ausrede hinzunehmen.

Raum für Jugend! Freiräume und Selbstpositionierung

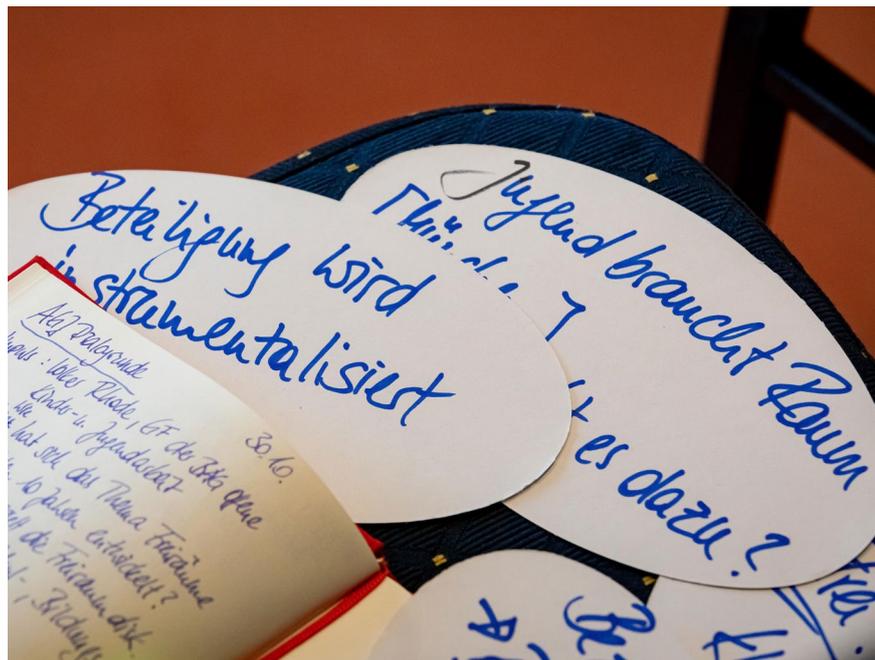
Impuls: Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e. V. (BAG OKJE)

Kurzimpuls

Die BAG OKJE ist der bundesweite Zusammenschluss von mehr als 1000 verschiedenen Trägern mit über 5.000 Einrichtungen und Angeboten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Volker Rohde, Geschäftsführer der BAG OKJE, gab in seinem Impuls zunächst eine fachliche Einschätzung zur aktuellen Freiraumdebatte – aus allgemeiner Perspektive sowie aus Jugend- und Jugendhilfesicht. Im Anschluss gab er Einblick in die Position des Kooperationsverbunds Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA-Papier von 2019): „Junge Menschen brauchen unverzweckte und selbstbestimmte Freiräume neben den die Lebensphase stark bestimmten Institutionen Schule, Ausbildung und Universität. Solche Freiräume sind für die Entwicklung eigener Ideen, Orientierungen und Fähigkeiten zur Verarbeitung von Erfahrungen und Entwicklungsanforderungen der Lebensphase Kindheit und Jugend zentral.“ Offene Kinder- und Jugendarbeit versteht sich als ein unverzweckter und selbstbestimmter Freiraum, allerdings begrenzen sich die Interessen junger Menschen nicht auf Angebote der Jugendarbeit. Durch ihr partizipatives, pädagogisches Wirken ist sie aber eine wesentliche Akteurin dafür, dass sich junge Menschen selbstorganisiert und engagiert aktiv an einer jugendgerechten Entwicklung ihrer Gemeinden, Kommunen und Landkreise beteiligen können. Junge Menschen sollten ihre Erwartungen in die gesamte Gesellschaft einbringen können. Wichtige Bedingung hierfür ist kohärentes Handeln. Jugendgerechtes Handeln gelingt nur eingebettet in politische Prozesse. Weiter positioniert sich die

„Jugendliche sollen heute in kürzerer Zeit mehr lernen und neue Herausforderungen bei fragilen Rahmenbedingungen bewältigen. Ein gutes und selbstbestimmtes Zeitmanagement im Alltag (Schule/Ausbildung/Studium, Engagement, Familie, Freizeit) ist schwieriger geworden, frei verfügbare Zeitkontingente sind knapp. Jugendliche brauchen aber genügend Zeit für ihre Persönlichkeitsentwicklung – eine ihrer zentralen Entwicklungsaufgaben besteht darin, sich mit ihrer körperlichen und psychosozialen Entwicklung auseinanderzusetzen sowie in der Gemeinschaft mit Gleichaltrigen ihren Platz zu finden. Jugendliche benötigen akzeptierte Auszeiten und mehr Raum, um sich entfalten und um sich ihre Umgebung aneignen und sie mitgestalten zu können.“

Grundsätze Eigenständiger Jugendpolitik



OKJA in einem gemeinsamen Positionspapier wie folgt: „Es braucht eine integrierte (ressortübergreifende) Planung von Freiräumen für Jugendliche und junge Menschen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, in der die Offene Kinder- und Jugendarbeit sowohl Ort, als auch ein zentraler Partner zur Unterstützung der Jugendlichen und jungen Menschen ist.“

Wie hat sich das Thema Freiräume in den letzten zehn Jahren entwickelt?

Von jungen Menschen wird immer mehr abverlangt. Die Zeiten Jugendlicher sind knapper und dichter geworden. Freiräume werden immer weniger. Wenn Freiräume entstehen, dann werden sie zunehmend verzweckt – z. B. im Rahmen von Ganztagschule, aber auch in Teilen bei Sportverbänden, kultureller oder politischer Bildung. Jungen Menschen freie Räume zuzugestehen, das ist manchmal schwierig für Erwachsene, so die Diskussionsteilnehmenden. Freiräume werden zudem in besonders relevanten Politikbereichen wie Schule, Bildung und Arbeit noch nicht ausreichend diskutiert.

Wie können Debatten über Freiräume größere Wirkung entfalten?

Da Freiraumdebatten originär jugendpolitische Debatten sind, ist damit in Zusammenhang stehende Partizipation (§ 11, 12 SGB VIII) als ressortübergreifende Verantwortung ernst zu nehmen und Jugendpolitik sollte als eigenständiges Ressortfeld auf allen Ebenen bearbeitet werden. Jugendarbeit steht in der Verantwortung, jungen Menschen unterstützend zur Seite zu stehen. Jugendarbeit sollte als freiräumliche Struktur in übergreifenden Räumen verstanden werden. Jugendliche sollten vor Ort stets in Stadtentwicklungsprozesse einbezogen werden. Die Kommune zu einem jugendgerechteren Ort zu machen, kann ein Standortvorteil sein. Sie wird attraktiver für junge Menschen: sie bleiben oder sie kommen (z. B. nach der Ausbildung) wieder.



Thesen aus der Diskussion

- Offene Kinder- und Jugendarbeit versteht sich als ein unverzweckter und selbstbestimmter Freiraum, allerdings begrenzen sich die Interessen junger Menschen nicht auf Angebote der Jugendarbeit.
- Freiräume werden in besonders relevanten Politikbereichen wie Schule, Bildung und Arbeit noch nicht ausreichend diskutiert.
- Durch ihr partizipatives, pädagogisches Wirken ist Jugendarbeit eine wesentliche Akteurin dafür, dass sich junge Menschen selbstorganisiert und engagiert aktiv an einer jugendgerechten Entwicklung ihrer Kommunen beteiligen können.

Jugendpolitik 2.0! Wir müssen über Digitalisierung reden

Impuls: Open Knowledge Foundation Deutschland

Kurzimpuls

Die Open Knowledge Foundation Deutschland ist ein gemeinnütziger Verein, der sich für freies Wissen, offene Daten, Transparenz und Beteiligung (aller) einsetzt. Häufig wird angenommen, dass der digitale und der analoge Raum zu trennen sind. Digitales und Analoges sind aber längst miteinander verschmolzen und nicht mehr voneinander zu trennen. Digitalisierung meint digitale Handlungs- und Informationsprozesse. Mit Digitalisierung sind Chancen verbunden, alltägliche Prozesse neu zu gestalten, sie transparenter zu machen oder neue Beteiligungsformate zu initiieren, die eine Vielzahl an Menschen erreichen können (z. B. „aula“ von politik-digital e.V.).

Bei Digitalpolitik mit jugendlichem Fokus nennen die Impulsgeber Schlagworte wie: Inklusion, Data Governance und Security & Safety. Diese Themen betreffen zwar die gesamte Gesellschaft, Jugendliche sind hier aber besonders oder anders betroffen. Es braucht eine Jugendbrille, um sich Regelungen von digitalen Informationen und Handlungsprozessen anzuschauen. Jugendgerechte Digitalpolitik sollte junge Menschen wirksam beteiligen, eine inklusive Repräsentation der Jugendlichen ermöglichen und die Kompetenzen der Fachkräfte weiterentwickeln. Fachkräfte sollten Kenntnisse darüber haben, was es bedeutet, sich im digitalen Raum zu bewegen.

„Jugend ist nicht nur eine individuelle Lebenslage; sie trägt zur gesellschaftlichen Entwicklung und Innovation bei.“

Grundsätze Eigenständiger Jugendpolitik



Wenn Angebote der Jugendarbeit digital gestaltet werden, dann sollten diese von folgenden Punkten bestimmt sein:

- Offenheit
- ganzheitliche Medienbildung
- Authentizität
- Netzwerke

Wie findet eine Auseinandersetzung mit Digitalisierung statt?

Dass sich jugendpolitische Akteure mit dem Thema Digitalisierung intensiver auseinandersetzen sollten, wird von den Teilnehmenden der Diskussion als besonders dringlich bewertet. Da Digitales alle Lebensbereiche durchzieht, kann man schnell den Überblick verlieren. Auch wenn Jugendliche – wie oft angenommen wird – als „Digital Natives“ mehr von digitalen Prozessen verstehen als die älteren Generationen, ist davon auszugehen, dass viele junge

Menschen sich ebenfalls nicht in aller Gänze zurechtfinden. Entscheidungsträgerinnen und -träger sollten die Perspektive von Jugendlichen einnehmen, wenn es um Themen wie Datenschutz, Urheberrecht, Verbraucherschutz und Jugendschutz geht. Diese Themen sind entweder aus Sicht der jungen Menschen zu betrachten (wie es beispielsweise mit dem Jugend-Check geschieht) oder junge Menschen sind direkt an Entscheidungsprozessen zu diesen Themen zu beteiligen. Jugendliche sollten eingeladen werden, wenn Zukunftsdebatten geführt werden (z. B. über künstliche Intelligenz). Digitalisierungsthemen sollten generationsübergreifend diskutiert werden.

Welche Rolle spielen Bildungsräume?

Digitalisierung sollte in allen Bildungseinrichtungen eine große Rolle spielen, nicht nur in Schule, auch in der Jugendarbeit. Die Identitätsbildung findet in der Lebensphase Jugend statt und damit einhergehen sollte eine Positionierung zu Prozessen, Rahmenbedingungen und Themen der Digitalisierung. Insofern ließen sich Bildungsräume zu Entwicklungsräumen machen, wo Erfahrungswissen entsteht, junge Menschen politische Wirksamkeit erleben und sich selbst als gestaltende Subjekte wahrnehmen.

Wie kann ein digitaler Dialog gelingen?

Hürden, beispielsweise finanzieller Natur, sollten für Organisationen abgebaut werden. Diskursräume sollten sich Jugendlichen öffnen. Hierfür sollten sich Beteiligungsformate anpassen und Jugendliche ansprechen und dort abholen, wo sie stehen. Denn Netzpolitik ist ein Zukunftsthema und besonders wichtig für junge Menschen. Ziel muss sein, die Sprachlosigkeit zwischen Jugend und Politik auch im digitalen Raum zu überwinden. Ein Beispiel: Die Antwort der CDU auf Reezos YouTube-Video wirkte nicht authentisch, es hat seinen Zweck verfehlt. Sinnvoll wäre eher eine dauerhafte Jugendredaktion, die einen sinnvollen Dialog ermöglicht. Identifikation ist wichtig – denn Jugendliche sollten sich wohlfühlen in den Räumen, in denen sie sich aufhalten. Auch deshalb sollten sie diese Räume zu großen Teilen selbst gestalten.

Wie kann es weitergehen?

Unter Jugendbeteiligung könnte ein „ThinkTank Digitalisierung & Jugend“ initiiert werden, der relevante Themen operationalisiert und die Komplexität des Querschnittsthemas „Digitalisierung“ handhabbarer macht. Denn Digitalisierung ist mit anderen Themen der Jugendpolitik eng verwoben, Digitales ist allgegenwärtig. Im Anschluss bräuchte es einen „Digitalpakt Jugend“, der alle Akteurinnen und Akteure anspricht und digitale Rahmenbedingungen verbessert.

Thesen aus der Diskussion

- Netzpolitik ist ein Zukunftsthema und besonders wichtig für junge Menschen. Digitales ist allgegenwärtig.
- Ziel muss sein, die Sprachlosigkeit zwischen Jugend und Politik auch im digitalen Raum zu überwinden.
- Themen der Digitalisierung (Datenschutz, Urheberrecht, Verbraucherschutz, Jugendschutz o. Ä.) sind entweder aus Sicht der jungen Menschen zu betrachten oder junge Menschen sind direkt an Entscheidungsprozessen zu diesen Themen zu beteiligen.
- Digitalisierung sollte in allen Bildungseinrichtungen eine große Rolle spielen, nicht nur in Schule, auch in der Jugendarbeit.
- Unter Jugendbeteiligung könnte ein „ThinkTank Digitalisierung & Jugend“ initiiert werden, der relevante Themen operationalisiert.
- Im Grunde bräuchte es einen „Digitalpakt Jugend“, der digitale Rahmenbedingungen verbessert.

Resümee

Der Fachtag am 30. Oktober 2019 ermöglichte einen umfassenden Blick auf die jugendpolitischen Bemühungen der letzten 10 Jahre. Mit „neuen und alten“ jugendpolitischen Akteurinnen und Akteuren wurden intensive Gespräche über Grundsätze Eigenständiger Jugendpolitik geführt und diskutiert, wie diese im Verhältnis zu aktuellen gesellschaftlichen Themen stehen.

Was ist passiert in 10 Jahren Eigenständiger Jugendpolitik, was wurde erreicht und was hat sich verändert?

Eigenständige Jugendpolitik hat eine spannende Entwicklung hinter sich: nach intensiven Fachdiskussionen wurde sie ein fester Begriff, sie wurde grundsätzlich definiert und anschließend in vielen Einzelvorhaben umgesetzt. Sie ist ein Prozess. Vorhaben werden abgeschlossen, neue Maßnahmen und Initiativen beginnen. Eigenständige Jugendpolitik entwickelt sich fortlaufend weiter und wächst an sich selbst und ihren Akteurinnen und Akteuren. Ihre Themenfelder sind so umfassend, dass sie immer gesamtgesellschaftlich relevant sind. Das heißt, dass alles, was die Gesellschaft bewegt, auch Jugend beschäftigt. Allerdings muss auch alles was Jugend bewegt, nun die Gesellschaft beschäftigen. Zum Teil passiert das schon, beispielsweise mit Fridays for Future. Auch wenn die Klimakrise immer wieder thematisiert wurde, waren es doch junge Menschen, die hartnäckig genug waren, um dem Thema einen hohen Stellenwert in der Politik zu verschaffen. Aber kann Eigenständige Jugendpolitik langfristig tatsächlich ermöglichen, dass Jugendliche mit ihren Themen mehr von Erwachsenen gesehen werden und in Entscheidungsprozessen mehr Beachtung finden?

Welche Visionen gibt es für eine wirklich erfolgreiche Jugendpolitik?

- Breite und generationenübergreifende Bündnisse
Eigenständige Jugendpolitik hat sich verändert, sie hat sich ausgebreitet und eine größere Relevanz entfaltet. Sie ist dabei, sich aus der Nische zu bewegen und sich auch bei Akteuren ohne jugendpolitisches Interesse Gehör zu verschaffen. Sie hat sich ausprobiert und sich auf die Suche begeben – nach Mitstreitenden, nach geeigneten Formaten

und nach den dringlichsten Themen. Unter anderem sind hier Digitalisierung und Europa zu nennen. Diese Themen betreffen die gesamte Gesellschaft. Insofern ist ein generationenübergreifender Dialog in den meisten Fragen unbedingt notwendig. So können sich breite Allianzen finden, die umso stärker auftreten und eine größere Wirkung entfalten können.

- Freie Gestaltung eigener Räume und Zeiten
Jugendarbeit ist und bleibt ein wichtiger Schlüssel in der Eigenständigen Jugendpolitik als eine Wegbereiterin zur Beteiligung von jungen Menschen, um einen Dialog von Jugend und Politik zu ermöglichen. Sie ist der Ort, wo Freiräume geschaffen werden und sowohl Jugendliche als auch Fachkräfte sich mit aktuellen Themen auseinandersetzen können – ob Umweltschutz, Digitalisierung oder Demokratie. Junge Menschen müssen die Möglichkeit haben, ihre Räume, ob digital oder analog, zu großen Teilen selbst zu gestalten. Sie müssen sich mit der Umgebung, in der sie leben, identifizieren können.

- Wirksame Jugendbeteiligung als Kernstück
Hierzu ist es unbedingt notwendig, sie in ihrer Vielfalt zu beteiligen und dafür geeignete Wege zu finden. Es muss eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Ergebnissen von Jugendbeteiligungsprozessen stattfinden. Qualitätsstandards für Jugendbeteiligung müssen stets eingehalten werden, damit gut gemeinte Beteiligungsmöglichkeiten nicht ins Leere laufen.

- Strukturelle und gesetzliche Verbindlichkeit
Eigenständige Jugendpolitik sollte verbindlicher umgesetzt werden, sie sollte institutionalisiert und gesetzlich verankert werden – auf allen Ebenen. Sie muss sich auf sicherem Boden weiterentwickeln können. So dass irgendwann das Tragen der „Jugendbrille“ eine Selbstverständlichkeit ist.

Jugendpolitik als Politikfeld braucht auch in Zukunft einen dauerhaften gesellschaftlichen Diskurs – generationen-, ressort- und ebenenübergreifend.

Herausgeber

jugendgerecht.de – Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik
c/o Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ
ViSdP: Peter Klausch, Geschäftsführer AGJ

Redaktion Nadine Salihi, www.salihi-projekte.de
jugendgerecht.de

Fotos Jörg Farys, www.die-projektoren.de

KONTAKT

jugendgerecht.de

Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik

c/o Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

Mühlendamm 3, 10178 Berlin

Tel.: 0049 (0) 30 400 40 – 235 | Fax: – 232

E-Mail: jugendgerecht@agj.de

www.jugendgerecht.de

Ein Projekt von



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend